

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 18 (1938-1939)
Heft: 12

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 05.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Einen Tag nur durst ich weilen,
 Durfte meine Stirn sich schämen,
 Durft ich meine Füße heilen,
 Brot aus ihren Händen nehmen...

Und ich sprach: „Zu deinen Füßen,
 Herrin, will ich dankbar liegen,
 Doch kein Sklave soll dich grüßen,
 Im Triumphe will ich siegen!“

Ihre Augen, dunkle Sonnen,
 Eine milchgetrübte Schwärze,
 Mahnten, sorgenvoll umspinnen:
 „Tiefstes Glück keimt nur im Schmerze!“

Und verwandelt durch Entbehrung,
 Reift im Künstler spät ein Andrer:
 Erst am Abend, nach Bewährung
 Blüht mein Stern dem Schönheitswandrer...“

Politische Rundschau

Schweizerische Umschau

„Schweizer Zeitung am Sonntag“. / Die nationalspanische Regierung wird anerkannt. / Unserer Eidgenossenschaft politische Schutzform.

Daß die Bauernfraktion des Zürcher Kantonsrates gegen die Verteilung der neuen „Schweizer Zeitung am Sonntag“ im Ratssaale remonstriert hat, vermag meines Erachtens noch kein ablehnendes Urteil über dieses Blatt zu besiegeln. Da der „SZ“ ein geistiger Charakter nicht abgesprochen werden kann, erscheint eine gewisse Geistigkeit nämlich für jeden Beurteiler, der Gehör beansprucht, als Vorbedingung. In casu war sie aber bei dieser Zensurstelle nicht vorhanden. Ein entscheidendes Wort hat hingegen der Bundesrat mit seiner „scharfen Verwarnung“ vom 14. Februar der „Schweizer Zeitung am Sonntag“ gewidmet, indem er ihr eine „ausgesprochene systematische Hege gegen Deutschland“ zum Vorwurf machte. Hier wurde von hoher amtlicher Stelle aus ein sachliches Urteil gefällt, ein Urteil jedoch, das nur alsoweit reicht, als schweizerische Geistigkeit dem Staate ein Urteil zuläßt. Hier war Geistigkeit am Werke, die das Kind nicht mit dem Bade ausschüttet, sondern zu unterscheiden weiß, was angeht und was nicht angeht. Natürlich war die Stellungnahme des Bundesrates durch staatliche Erwägungen bestimmt. Daneben bleibt es jedem von uns unbenommen, für sich selbst in der vom Staate nicht berührten Sphäre des Blattes seine eigene Meinung zu bilden.

Das eigene Urteil wird davon ausgehen müssen, daß sich die Zeitung im Untertitel „Demokratie im Angriff“ nennt und sich zugestandenermaßen zum Ziele setzt, der Schweiz die Freiheit zu erhalten sowie „das deutsche

Régime und die Zustände in Deutschland zu kritisieren". Wie ist die „Demokratie“ beschaffen, die hier angreift? Aus einer Reihe von Nummern, welche mir vorliegen, läßt sich die Antwort herauslesen. Für gewöhnlich versteht man unter „Demokratie“ eine Staatsform und zwar jene, wo sich ein Volk durch Organe regiert, die es von unten nach oben aus sich selbst heraus geformt hat. Man wäre nun aber im Irrtum, wenn man annähme, auch bei der „SZ“ bilde dieses Anliegen eine wesentliche Rolle. Fragen der Staatsform, wie etwa die Volkswahl des Bundesrates, kümmern die „SZ“ vielmehr kaum. Stillschweigend wird die demokratische Gestalt der Eidgenossenschaft vorausgesetzt und gebilligt. Dagegen stehen die Freiheiten unserer Demokratie im Vordergrund; die Schweiz erscheint vorab unter diesem Gesichtspunkt. So heißt es z. B. in Nr. 17: „Für Millionen Menschen in allen Ländern der Erde, auch in Deutschland, auch in Italien, ist die Schweiz als das Land eines freien Volkes und der Hort eines Geistes, der der Gewalt nicht weicht, auch heute noch ein Trost und eine Zuversicht“. Wenn daher „Demokratie“ im Sinne der „SZ“ „angreift“, so greifen die Freiheiten an, die unserem Volke gegeben sind, oder besser gesagt: es greifen Leute an, die diese Freiheiten genießen und schätzen und ausbreiten wollen.

Indessen beschränkt sich die Zeitung nicht nur auf Maß und Art unserer Freiheiten, sondern versteht ganz allgemein demokratische Freiheiten eigener Konstruktion. Der Gegner, dem sie sich erklärtermaßen entgegenstellt, ist der Nationalsozialismus, den sie vom Boden dieser Freiheiten aus kritisieren will. Als Gegner betrachtet sie aber auch die Eidgenossenschaft selbst insoweit, als diese diejenigen Freiheiten nicht oder nicht mehr bietet, die ihr als zum Leben notwendig erscheinen. Höchstes Anliegen ist die Freiheit des kulturellen, religiösen und politischen Denkens. „Der harmlose Schweizer“ — so heißt es da in Nr. 13 — „weiß es ja meistens gar nicht, daß die materielle Existenz ganzer Gruppen von Schweizerbürgern heute davon abhängig ist, „ob sie sich mit Berlin gut stellen oder nicht“, im Handel, in der Industrie, in Literatur und Kunst.“ Jetzt sei bloß geistige Auseinandersetzung eine halbe Sache, „jetzt müsse gepfiffen werden“, und kraft einer Initiative seien „alle nicht garantierten demokratischen Verbände, Gesellschaften und Parteien aufzulösen.“ In gleichem Sinne sagt Karl Barth, es sei „für die Erhaltung, nein für die Wiederherstellung und Neubegründung einer Ordnung des Rechtes, der Freiheit und des Friedens und darum so und so für unseren schweizerischen Staat alles zu tun“ (Nr. 9). Zur demokratischen Freiheit wird auch gezählt die Freiheit der Rasse; die Existenz einer Judenfrage in der Schweiz wird verneint. Hinzu kommt der Anspruch auf die Freiheit der Presse. In dieser Beziehung behauptet das Blatt: „Zwar sind wir ja schon mitten drin, in der berühmten Gleichschaltung. Über politische Dinge, die für das eigene Land wesentlich sind, in voller Freiheit zu berichten, ist der Schweizerpresse heute schon mit dem stets zu erwartenden Hinweis auf die dann sonst vielleicht getrüübte Nachbarschaft mit den mimosenempfindlichen Diktaturen unmöglich gemacht“. Die Pressefreiheit bedeute dem Nationalsozialismus gegenüber ein gutes Stück christlicher Freiheit, nicht nur einen Grundstein unserer Demokratie, meint Prof. Lieb und fährt weiter: „in dieser Frage auch nur einen Schritt zurückweichen, bedeutet Verrat nicht nur an der Demokratie, sondern auch am Evangelium“. Überhaupt zeichnet sich die „Schweizer Zeitung am Sonntag“ dadurch aus, daß sie den Begriff der Demokratie stark theologisch unterbaut. An Weihnachten z. B. hieß es: „Christentum und Demokratie, in der Schweiz gehören sie von allem Anfang an unauflöslich und untrennbar zusammen“. Auf das durch diese Freiheiten positiv zu pflegenden Gedankengut werden nur hier und dort Streiflichter geworfen. Eine ungehörige Taktik soll es sein, in diesen Tagen „auf allerlei Auch-Gefahren, wie Kommunisten, Juden usw.“ hinzuweisen, dem Frauenstimmrecht wird Vorschub geleistet, auf nächsten Herbst wird für die Parlamentarier, die den Spaniensfahrern die Am-

nestie verweigert haben, Jahrtag angekündigt, Bundesrat Wetter erscheint als geeignet für die Bewerksstellung eines Zusammenspieles von Bankkreisen und Landesregierung, die Zweite Internationale wird gegenüber der „Internationale des Finanzkapitales“ ein „Bauerntotsch aus dem hintern Schangnau“ genannt usw. Besonderes Gewicht legt die Redaktion noch auf allerlei wirksame militärische Maßnahmen zum Schutze der Demokratie.

Wenn man so die letzten Nummern der „SZ“ etwas durchblättert, kommt man schließlich ihrem wahren Wesen auf den Sprung. Sie charakterisiert sich durch ihre scharfe alleinige Spitze gegen den Nationalsozialismus, durch die Behauptung, wir seien auch bereits in dieser Gedankenwelt befangen und durch ihre religiöse Fundierung. Mit und ohne diese Eigenschaften stellt sie sich als gewöhnliches Volksfrontorgan dar, d. h. die demokratische Freiheit wird beansprucht für alle sozialistischen, kommunistischen, linksbürgerlichen und jüdischen sowie emigrantischen Anliegen. Wenn es auf die „SZ“ ankäme, so wäre die Schweiz bald ein Eldorado für solche Menschen und Gedanken, und bald wäre die jetzige Politik — die Rücksichtnahme auf den nördlichen Nachbarn, der Handel mit Deutschland, die Bekämpfung des Kommunismus, eine gewisse Distanzierung von den Juden — aufgehoben. Als demokratisch bliebe nur noch bestehen, was der Volksfront gefiele. Daß sich die „SZ“ dabei eine religiöse Fundierung durch die Herren Barth und Lieb zugelegt hat, macht die Sache nur noch bedenklicher. Will damit nicht etwa gesagt werden — auf eine neue Weise —, daß das Christentum eben doch notwendig zur „Sozialdemokratie“ führe? Welche alte Verblendung, das Christentum mit einer Staatsform zu verkoppeln, das Reich Gottes durch politische Freiheiten herbeiführen zu wollen! Kommt man indessen auch zur Verwerfung der ganzen Haltung, so wird man sich doch nicht verhehlen, daß erhebliche Gründe vorhanden sind, sich gegenüber dem Nationalsozialismus vorsichtig einzustellen. Es sind da gewisse Kräfte tätig, die unseren politischen und religiösen Auffassungen zuwider laufen und uns gefährlich werden könnten — so weit gehen wir mit der „SZ“ einig. Und es stößt uns auch nicht, wenn bei uns in diesen Dingen etwas laut geredet wird, laut geredet wird bis zu der Grenzlinie, die der Bundesrat richtig gezogen hat.

* * *

Am 14. Februar hat der Bundesrat beschlossen, die Vertretung der Eidgenossenschaft bei der Nationalspanischen Regierung in eine Gesandtschaft umzuwandeln. Das bedeutete einerseits die Anerkennung der Herrschaft des Generals Franco und andererseits den Abbruch der offiziellen Beziehungen mit der republikanisch-spanischen Regierung. Nichts kennzeichnet besser die Richtigkeit dieser Handlung als die Tatsache, daß in den nächsten Tagen auch die sog. neutralen Staaten den gleichen Schritt taten, und daß Ende Februar sogar die demokratischen Großmächte England und Frankreich die Anerkennung aussprachen. Unter Führung des Außenministers Motta hat also unsere Bundesbehörde in klarer Beurteilung der tatsächlichen Lage selbständig dasjenige vorgekehrt, was unter den obwaltenden Umständen vorzuzufahren war.

Nicht aus Freude an Streitigkeiten, aber aus Interesse an der Wahrung der Autorität des Bundesrates müssen wir jedoch hoffen, daß es bei diesem Akt nicht sein Bewenden, sondern daß die Angelegenheit noch ein Nachspiel habe. Linksredner und Linkspresse haben sich nämlich bei Anlaß der Anerkennung Francos so pöbelhaft gegenüber dem Bundesrat benommen, daß eine Sanktion von dieser Seite folgen sollte. Dem Vernehmen nach hat sich ja auch die höchste Landesregierung bereits mit dem Gedanken befaßt, die gehörigen Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Z. B.: Da redete Nationalrat

Reinhard in einer Berner *B e r j a m m l u n g* von einem „Bündnis zwischen Kreditanstalt und Jesuiten“, welches die Anerkennung zustande gebracht habe und verlangte die Abdankung des ganzen mit Motta solidarischen Bundesrates. Da meinte ein Redner in Zürich, der Bundesrat sei „der Vollstrecker des Willens der Finanzherren und Trustbarone“. Da erklärte Nationalrat Hauser in Basel: „Mit tiefer Beschämung, mit Ingrimm und mit Zorn haben wir von der Haltung des Bundesrates Kenntnis genommen“. Fast noch schärfere Worte brauchte aber die *P r e s s e* der Linksparteien. Unter der Schlagzeile „Verrat an Spanien — Verrat an der Schweiz“ äußerte sich die kommunistische „Freiheit“, und die „Entscheidungs“-Katholiken verstiegen sich zu den unerhörten Sätzen: „Bundesrat Motta hat aufgehört, Schweizer zu sein, er ist zum Feind übergelaufen. Er hat Verrat begangen an seinem Volke“. Das „Volksrecht“ sprach ungefähr in Übereinstimmung mit der übrigen sozialistischen Presse von einer „Erniedrigung für die älteste Demokratie der Welt“ und hielt dem Bundesrat vor: „Unter dem Vorwand, eine von den demokratischen Großmächten völlig unabhängige Politik zu treiben, erfüllt die Schweiz die Wünsche von Rom und Berlin“. Natürlich fehlt auch nicht der Hinweis darauf, daß angeblich „die wirtschaftlichen Einflüsse aus den Kreisen der in der Schweiz domizilierten Hochfinanz die Anerkennung Francos förderten“. Die gegen den Bundesrat geschleuderten unverschämten *V o r w ü r f e* gehen also, zusammengekommen, nicht nur auf einen Fehlgriff in der Wahl des Zeitpunktes der Anerkennung, sondern überhaupt auf eine klassenmäßige Stellungnahme, Beeinflussung von außen, Kompetenzüberschreitung und Verrat an den Interessen der Eidgenossenschaft.

Wir geben nun allerdings ohne weiteres zu, daß die Frage der Anerkennung eines Staates sozusagen jedesmal in guten Treuen den *G e g e n s t a n d* einer *D i s k u s s i o n* bilden kann. Bald wird man sich fragen, ob die neue Herrschaft wirklich bestehe, bald, ob die Regierung Gewähr biete für dauernden Bestand, bald wird man verschiedener Meinung sein können über den richtigen Zeitpunkt des Anerkennungsaktes. Gegen solche Meinungsverschiedenheiten wird niemand in einer Demokratie etwas einwenden können. *Z u w e i t* geht die *D i s k u s s i o n* aber, wenn sie ohne irgend welche Anhaltspunkte behauptet, es gehe da nicht mit rechten Dingen zu. Im vorliegenden Falle haben wir umso weniger Anlaß, etwas derartiges zu glauben, als sich die Handlungsweise des Bundesrates aus den Verhältnissen heraus für jeden einigermaßen aufmerksamen Bürger ohne weiteres rechtfertigt. Sie ist nicht vorzeitig, sie ist nicht nachzeitig, sie entspricht den realen Verhältnissen — in keinem Punkte weicht sie so von dem Gegebenen ab, daß sie einen Verdacht aufkommen lassen könnte. Wenn wirklich ein Druck von außen, von Regierungen oder Finanzgruppen, für den Bundesrat entscheidend gewesen wäre, hätte dann die Anerkennung nicht schon in einem viel früheren Zeitpunkte stattfinden müssen? Als der Bundesrat Nationalspanien anerkannte, war bereits nicht nur die militärische, sondern auch die politische Entscheidung zu Ungunsten der spanischen Republik gefallen. Katalonien mitsamt Barcelona war überwältigt, die Regierungsmitglieder hatten sich zu einem Großteil verflüchtigt, und die Lage war bereits damals so, wie sie 14 Tage später der demissionierende Staatspräsident Azana schilderte: Der Krieg war für die Republik unwiederbringlich verloren und der politische *S t a a t s a p p a r a t* — Parlament, höchste Vertretung der Parteien usw. — *b e s t a n d* nicht mehr. Was hatte es da für einen Sinn, mit einem solchen Nichtmehr-Staate die diplomatischen Beziehungen aufrecht zu erhalten und dafür sich in den Kopf zu setzen, die tatsächliche Gewalt Francos über Spanien zu negieren? Schließlich haben wir uns an die tatsächlichen Verhältnisse und an die Interessen unserer Landsleute zu halten.

Die Stellungnahme der Linkspresse war bedingt durch die *i d e o l o g i s c h e n* *V e r b i n d u n g e n* zwischen dem schweizerischen Marxismus und der spanischen

Republik. Es zeigte sich aufs neue, daß keine Partei bei uns so starke ausländische Fesseln trägt wie die Sozialdemokratie. Ihre Widerstandseinstellung gegen die nationalspanische Regierung war so verbohrt, daß sie nicht einmal mehr das sah, was die Führer der Republik erkannten: die unwiderrufliche Niederlage. Unsere Linksparteien glaubten noch an die spanische Republik, als diese sich selbst schon aufgegeben hatte! Ja sie waren bereit, noch weiter für sie zu kämpfen! Diese Verbindung und Verblendung ist das eine, worauf man hinweisen muß. Das andere ist die fortwährend genährte Meinung, mit der Anerkennung einer Herrschaft werde irgendwie eine moralische Billigung des Zustandekommens der anerkannten Gewalt ausgesprochen. Der Bundesrat verabschiedete jedoch weder den Vertreter eines „kämpfenden, tapferen und heroischen Volkes“, noch begrüßte er „mit offener Genugtuung den Gejandten des Regimes der Gewalt“; er hat sich überhaupt nicht nach solchen tatsächlichen oder behaupteten Merkmalen gerichtet. Lassen wir nicht jüngst wieder von dem einstigen Vertreter des Regus, Professor Jéze, daß die Anerkennung einer Macht nichts aussage über deren Legalität? Das ewige Gejammer über Ungerechtigkeit und Unwürdigkeit, Sich-Stellen auf die Seite des Unrechtes usw. dürfte angesichts der Tatsachen und der Rechtslage endlich verstummen. Seinen Grund hat es ja doch nicht in staatlichen Erwägungen, die hier einzig maßgebend sein können, sondern in rein persönlichen und parteimäßigen Ansichten. „Über kurz oder lang“, so hat die „Schweizerische Metallarbeiter-Zeitung“ dazu richtig bemerkt, „hätte auch ein sozialistischer Bundesrat die Regierung Francos anerkennen müssen“. Die ganze Aufschaukelung der Angelegenheit, der ganze Lärm gegen den Bundesrat nimmt sich ebenso sinnlos aus wie die Beschimpfung eines Zivilstandsbeamten, der einem lieben Freund den Totenschein ausstellt.

* * *

Wir wissen von vielen Tieren, daß ihre Form oder ihr Kleid zu ihrem Schutze gestaltet sind. Wir wissen vom Reh, daß seine langen Beine die Flucht vor dem Verfolger begünstigen und wir wissen vom Hasen, daß ihn sein feldbrauner Pelz im Gelände unsichtbar macht. Gleich wie sich aber die Lebewesen der freien Natur Schutzformen ausgebildet haben, ebenso nehmen wir in der Staatenwelt solche Schutzformen wahr dort, wo ein Staat sein Eigenleben vor fremden Einflüssen oder gar Eingriffen schützen möchte. Wie haben sich doch einst, vom Hause Habsburg bedrängt, die Waldstätte durch den Bundesbrief von 1291 ihr Eigenleben gegenüber ihren Widersachern gesichert, indem sie Bestimmungen über das Rechtsleben in den Tälern aufstellten! Oder wie haben in der Zeit der Gegenreformation beim Wiederaktivwerden der römischen Kirche die evangelischen Kirchen und Stände ihr religiöses und kulturelles Sondergut durch Bekenntnisse und Mandate geschützt! Oder gar in neuerer Zeit: Wie wurden überall in allen Ländern Zollschranken aufgerichtet, um der eigenen Produktion den Vorrang und Absatz zu gewährleisten! Das alles sind staatliche Schutzformen. Sie kennzeichnen sich einerseits durch eine schärfere Abgrenzung nach außen, durch massive Scheidewände, andererseits im Innern durch Sichtung und Abklärung der zu bewahrenden Eigenart, durch Herausarbeiten und neues Wertschätzen des religiösen, kulturellen oder wirtschaftlichen Eigengutes.

Etwas Ähnliches erleben wir heute wieder mit der Eidgenossenschaft. Jahrzehnte, ja ein volles Jahrhundert lang ist sie in der Periode des vollen Liberalismus allen Einflüssen von außen offen gestanden, wie ja auch umgekehrt die Nachbarstaaten freien geistigen und wirtschaftlichen Verkehr mit ihr pflegten. Jetzt aber hat sich vieles geändert, die Umwelt hat einen anderen Charakter angenommen. Statt Freiheit herrscht in den Nachbarländern jetzt Gebundenheit an besondere Gedanken und Wirtschaften. Statt dem Vorherrschen des menschlichen Geistes im freien Denkraum bestimmen jetzt

Rasse und Staat das menschliche Verhalten, und ihnen hat sich die Persönlichkeit völlig unterzuordnen. Ist es da denkbar, daß sich die Eidgenossenschaft politisch, religiös, kulturell und wirtschaftlich gleich fortbewegen kann, wie wenn nichts geschehen wäre? Das wird niemand glauben! Also kommt sie nicht darum herum, sich ebenfalls neu einzustellen. Die Gefahr besteht ja für sie, daß sie sonst von den mächtigen geistigen und wirtschaftlichen Gewalten der Nachbarn angegriffen und durchsetzt würde. Gegen diese Gefahr aber — die wir instinktiv seit Jahren ganz deutlich spüren — gibt es nur ein Mittel: die Ausbildung einer Schutzform zur Erhaltung der eigenstaatlichen Existenz.

Tatsächlich ist die Eidgenossenschaft denn auch seit Jahren im Begriffe, sich diese Schutzform allmählich Stück für Stück zuzulegen. Wer die Entwicklung der letzten Jahrzehnte und insbesondere des laufenden Jahrzehntes einmal unter diesem Gesichtswinkel betrachtet, wird wahrnehmen, daß im Großen und Ganzen die Entwicklung sich in der Richtung auf diese Schutzform hin bewegt. Merkwürdigerweise hat dabei die Wirtschaft, die sich seinerzeit zuerst von den Fesseln der alten Zeit befreien konnte, wieder den Anfang gemacht. Im höheren Landesinteresse erlitt sie innerlich und äußerlich die ersten Beschränkungen. Jetzt kommt aber auch die Politik an die Reihe, und später werden wir folgerichtig auch eine religiöse Neubestimmung erleben. In der Politik prägt sich die Schutzform so aus, daß der Staat und seine Organe immer mehr Kompetenzen in die Hand nehmen. In dieser Richtung liegt die Verlängerung der Amtsdauern und die Übernahme neuer Aufgaben. Kaum ein Gebiet von öffentlichem Interesse mehr gibt es, wo nicht der Staat mit starker Hand planmäßig ordnend eingreift. Gleichzeitig wird die politische Bedeutung des einzelnen Bürgers immer geringer: Parteien und Behörden stellen die Fachmänner, auf die er sich verlassen soll. Von der Politik aus ist dann der Schritt nicht mehr weit auch zu einer Konzentration auf geistigem Gebiete: Umdrängt von den einflußreichen Mächten der Nachbarländer würde die geistige Stellung der Eidgenossenschaft zu wanken beginnen, wenn völlig diffus oder fremdartig gedacht werden dürfte. Eigenleben erfordert daher auch ein eigenes Denken. Und auch auf dieses besondere Denken beginnt sich nun unser Staat einzustellen, indem er gewisse politische Gedankengänge gesetzlich oder praktisch durch instinktive Reaktion der Bevölkerung ausschließt, zugleich aber auch das Eigengut im Sinne der „Kulturwahrung und Kulturwerbung“ hervorstellen will. So bildet sich schließlich nach der wirtschaftlichen und politischen auch die geistige Schutzform der Eidgenossenschaft aus.

Es gibt nun aber Bürger, die sich die Schutzform der Eidgenossenschaft anders vorgestellt haben, nicht in einer Schutzform für das liberaldemokratische Denken und Handeln, sondern in einem autoritären Régime. Selbstverständlich könnte auch ein solches als Schutzform dienen, aber seine Verfechter vergessen, daß damit die Schweiz ihren Charakter verlieren würde, ihre innere eigene Existenz. Grundsätzlich lebt sie aber, wie jeder andere Staat auch, aus dem politischen Gegensatz. Ihre politische Art muß also anders konstruiert sein: die Schutzform muß die Freiheit sichern. Es ist keine Frage, daß das bei der neueren Entwicklung der Fall ist. Diese bedeutet nicht etwa „Das Ende einer liberalen Demokratie“, sondern einfach ihre Schutzform, die natürlich in einer gewissen politischen und geistigen Konzentration bestehen muß. In einem gesunden und zuträglichen Maße wird sich auch das Schweizervolk innerhalb dieser Schutzform seine Freiheiten zu erhalten wissen. Das vor aller Welt zu tun, ist gerade seine höhere Mission und das, was der Eidgenossenschaft Existenzberechtigung gibt.

Bülach, am 8. März 1939.

Walter Hildebrandt.

Weltpolitische Übersicht

Zufolge der unmittelbar bei Redaktionsluß eingetretenen politischen Umwälzung in Mitteleuropa wird auf den Abdruck der bereitgestellten, aber inzwischen durch die Ereignisse überholten weltpolitischen Rundschau verzichtet.

März / Kriegsmonat?

Ein ereignisreicher Monat liegt hinter uns: der Zusammenbruch des rotspanischen Widerstandes, die in London und Paris gleichzeitig erfolgte Anerkennung der Regierung Franco, der Tod eines großen Papstes und die Wahl des Kardinals Pacelli, des jetzigen Pius XII., auf den Stuhl Petri. Der Monat aber, in den wir jetzt eingetreten sind, kündigt sich nach allen Anzeichen als friedensgefährdend an; man glaubt an eine neue Offensiv im Stile von München, die jedoch dieses Mal nicht Deutschland, sondern Italien vom Zaune brechen würde. Wir können nichts tun, als in stoischer Ruhe abwarten, was die Zukunft uns bringt; das ungeheure von Frankreich und England unternommene Werk der Wiederaufrüstung, das wir noch ausführlicher besprechen werden, darf uns mit Vertrauen und Zuversicht erfüllen; die Welt lebt ja nun schon seit Jahren in einer Atmosphäre der Unsicherheit und besorgten Spannung, und selbst die feinsten Nerven erwachen nach und nach zu kriegerischen Instinkten.

* * *

Spanien! Am 8. Februar ziehen die Truppen Francos in Figueras ein, und Herr Azaña, der Präsident der spanischen Republik, kommt in unserer Hauptstadt an. Am darauffolgenden Tage erreichen die ersten nationalen Kontingente Le Perthus, am 10. sind sie in Puigcerda und in Port-Bou, und am 11. besetzen sie die ganze Pyrenäengrenze. Das rotgoldene Banner weht auf der ganzen Linie von Hendaye bis zum Mittelmeer. Der katalonische Krieg ist beendet, und der spanische Bürgerkrieg, dieser Alpdruck, der seit mehr als dreißig Monaten auf Europa lastet, wird es — man glaubt dies nun schon vorauszusehen — bald sein.

Aber der Niederlage der Roten in Katalonien folgte ein trauriger Exodus der Zivilbevölkerung, die durch die Greueldrohungen der Milizsoldaten und ihre Voraussage francistischer Repressalien in panischem Schrecken über die Grenze floh. Die Presse hat die nichtendenwollenden Züge der fliehenden Frauen und Kinder in aller Ausführlichkeit beschrieben; nie genug wird aber der hochherzige Empfang gerühmt werden können, der diesen Verjagten durch die Einwohner des Roussillon zuteil wurde; nie genug die Wunder an rascher Organisation, um den unerwarteten Zustrom aufzunehmen — man rechnete damals noch mit einer längeren Widerstandskraft der republikanischen Armee in Katalonien —; nie genug die Sorgfalt der Sanitätsdienste, die jede Epidemie vermied; nie genug auch die Wachsamkeit der Polizei, die aus dem Flüchtlingsheere Anarchisten und sogar gemeine Verbrecher herauszuspüren mußte. Fast könnte man glauben, die spanischen Roten hätten aus Wut darüber, daß Frankreich ihnen nicht beisprang, wie die extremsten Elemente des Front Populaire ihnen verheißen hatten, unser Land mit dieser Welle von Bauern und kleinen Leuten überschwemmt.

Die Unterbringung und Verpflegung aller Flüchtlinge kostet den französischen Staat mehr als sieben Millionen pro Tag. England und die Vereinigten Staaten haben versprochen, an diese Aushaltung ihren Beitrag zu leisten. Die Sowietrepublik allerdings, obwohl sie an dem Bürgerkrieg und seinen Folgen eine erste Verantwortung trägt, ließ Frankreichs Ansuchen unerwidert, auch einen Teil der Unterbringung oder doch wenigstens der Hilfeleistung zu übernehmen. Die Einquartierung fällt daher ganz allein zu unseren Lasten; ungefähr vierhundertfünfzigtausend Menschen und darunter noch manche Unerwünschten befinden sich augenblicklich auf unserem Boden.

Schwierige Probleme tauchten mit der Besetzung der Pyrenäengrenzlinie durch die Behörden der nationalistischen Regierung auf; ihre Lösung auf dem Wege einer Wiederaufnahme der offiziellen Beziehungen zwischen Paris und Burgos mußte ungesäumt in Angriff genommen werden. Außerdem durften wir nicht fortfahren, Franco zu schmollen, wenn wir das Erscheinen italienischer und deutscher Truppen an dieser Grenze vermeiden wollten; wir durften ihm nicht länger die sehnlich gewünschte Anerkennung versagen. Es lagen ja noch so viele Fragen zwischen den beiden Staaten, die einer Vereinigung bedurften — die seinerzeit nach Frankreich geflüchteten Kapitalien der Bank von Spanien und die Kunstschätze, die Wiederaufnahme der Eisenbahnverbindungen und anderes mehr —; nachdem nun die Waffen endgültig zugunsten von Burgos entschieden hatten, drängte sich die Notwendigkeit eines Gesandten der französischen Republik in der nationalen Hauptstadt auf. Die giftigen Nebel gefährlichen Parteigeistes müssen unseren Politikern und Organen der äußersten Linken den Blick für die wahre Sachlage verhalten haben — anders ist es nicht zu erklären, daß eine laute Opposition alles dransetzte, um die Mission des Senators Léon Bérard zu hintertreiben.

Es war eine heikle Mission, daran wird niemand zweifeln. Die ausgesprochenen Sympathien des Front Populaire für die Bevölkerung von Madrid, Valencia und Barcelona konnten Franco nicht für das offizielle Frankreich einnehmen; und der Stimmungswechsel in Paris angesichts seines Kriegsglücks, die Anspielungen auf das erschöpfte Spanien und die von ihm benötigte Finanzhilfe, welche nur reiche Mächte wie Frankreich und England zu leisten imstande sein würden, konnten genügen, den leicht verletzlichen kastilianischen Stolz zu beleidigen. Nachdem sie in keiner Weise an den Risiken des Bürgerkrieges teilgenommen hatten, mußten die beiden westlichen Mächte den Spaniern mehr oder weniger als die Profitmacher ihres kommenden Friedens erscheinen.

Herr Léon Bérard blieb annähernd einen Monat auf der Halbinsel, mit einer achttägigen Unterbrechung vom 8. bis zum 17. Während dieser Zeit verkündete man täglich die Anerkennung der Regierung Francos als unmittelbar bevorstehend, und jeden Tag schleuderte die sozialistische und kommunistische Presse Frankreichs ihre Blicke gegen die Regierung Daladier und gegen Herrn Georges Bonnet insbesondere, der immer eindeutiger zur „Bête Noir“ der extremen Linken gestempelt worden war. Um die Angelegenheit pikant zu gestalten, warfen sich die französischen Sozialisten und Kommunisten zu Kämpfern für Ruhe und Sicherheit des Landes auf und verkündeten jedem, der es hören wollte, wie das republikanische Spanien der letzte Verteidigungsgraben der Freiheiten und der Unantastbarkeit Frankreichs sei; die Pflicht der Regierung wäre es nach ihrer Meinung gewesen, die „auführerische“ Regierung von Burgos nicht anzuerkennen und den Widerstand der roten Truppen gegen sie — so vergeblich er inzwischen auch geworden sein mochte — zu unterstützen. Während also Herr Blum selber, solange er den politischen Schicksalen Frankreichs vorstand, sich wohl gehütet hatte, die Taktik der Nichtintervention aufzugeben, sollte sich Frankreich jetzt, im Augenblicke des Zusammenbruchs der roten Front, ganz allein — denn England wollte selbstverständlich der Nichtintervention treu bleiben — in ein spanisches Abenteuer hineinstürzen, das nicht nur von allem Anfang an dem Mißerfolg geweiht war, sondern unweigerlich zum allgemeinen Krieg geführt hätte.

Die Wiederaufnahme der Beziehungen mit Burgos dürfen Paris und London als großen Erfolg buchen. Unparteiisch betrachtet läßt sich die heftige Erbitterung der Italiener und der Deutschen über diesen geschickten politischen Schachzug sehr wohl begreifen. Die ganze militärische Unterstützung war Franco von Rom und von Berlin aus zuteil geworden; nun die erwarteten Resultate dieser tatkräftigen Hilfe, nämlich der Sieg der Nationalisten, sich eingestellt haben, erscheinen Frankreich und England als die reichen Gönner, mit Hilfe derer allein das Werk

der Wiederaufrichtung des am Boden liegenden Spanien durchgeführt werden kann. Rom erklärte schon am 16. Februar, daß „die italienischen Truppen den spanischen Boden erst nach beendeter Arbeit verlassen werden, nicht eher“. Eines der Hauptziele der französischen und englischen Diplomatie ist jedoch gerade die Räumung der Halbinsel von allen fremden Truppen. Aber sogar wenn diese Räumung sich rasch und reibungslos vollziehen sollte, — werden Deutschland und Italien es ruhig hinnehmen können, in Spanien umsonst so große Opfer militärischer und finanzieller Art gebracht zu haben? Werden sie nicht zum mindesten versuchen, sich strategische Stützpunkte auf den Balearen oder im spanischen Marokko zu sichern? Die Schwarzhemden stehen immer noch auf den Balearen. England war klug genug, am 9. Februar den Kreuzer *Devonshire* mit einem Bevollmächtigten Francos zu entsenden, um betreffend die Übergabe der noch im Besitz der Roten befindlichen Insel Menorca zu verhandeln. Der englische Kreuzer wurde übrigens von italienischen Flugzeugen bombardiert. Aber weder Paris noch London wird zugeben, daß irgend eine Macht, außer natürlich Spanien selber, sich im westlichen Mittelmeer — an welchem Punkte immer es sei — bleibend niederlasse und so die Verbindungswege der Imperien bedrohe.

Hat Franco den Deutschen und den Italienern bereits Konzessionen wirtschaftlicher Natur gemacht? Wird er sie ermächtigen, in den asturischen oder andalusischen Minen die Franzosen und die Engländer zu verdrängen? In diesem Punkte schweigen die Informationen. Soviel ist sicher, daß Spanien ein Gebiet des Wettkampfes der beiden Achsen bleiben wird, und daß die wahre Lösung einzig die wäre: „Spanien den Spaniern“. Aber nach einem so fürchterlichen Bürgerkrieg muß man zweifeln, ob das Land wenigstens für die nächsten Zeiten, sich fremder Hilfe entschlagen könne. Und hier werden die Rivalitäten und Schwierigkeiten einsetzen.

All das erlaubt uns einigermaßen zu ermessen, wie schwierig die Aufgabe Herrn Léon Bérards in Burgos gewesen sein muß; umso mehr, als die Presse erklärt hat, Herr Bérard tausche gewissermaßen die Anerkennung de jure der Regierung Francos gegen Versicherungen der Räumung Spaniens von fremden Truppen und andere Garantien ein. Aber freilich, eine diplomatische Anerkennung kann man nicht gegen anderes einhandeln, man gewährt sie, und die Verhandlungen können nur vorbereitend wirken. Auf alle Fälle war Herr Bérard zeitenweise sehr beschäftigt. Er reiste am 17. Februar mit einem „erweiterten“ Auftrag betraut nach Burgos zurück, sah aber bloß (und beständig) den General Jordana, Minister der auswärtigen Angelegenheiten, und konnte mit Franco persönlich überhaupt keine Fühlung nehmen, denn der spanische *Caudillo* befand sich nach beendigten Negotiationen in Barcelona für den feierlichen Einzug seiner Truppen am 27. (es bleibt noch zu erwähnen, daß entgegen den Erwartungen von Paris und London das italienische Kontingent an der Spitze der spanischen Soldaten defilierte).

Die lange Hinauszögerung der Anerkennung fand endlich in Paris einen eleganten, weil indirekt erfolgten Abschluß. Es war im Laufe einer Debatte über die Tagesordnung und die Priorität der Interpellationen betreffend die Außenpolitik. Die Regierung stellte die Vertrauensfrage; jedermann erkannte, daß es sich darum handelte, ihr freie Hand in Beziehung auf die Anerkennung zuzugestehen oder zu verweigern. Mit 323 Stimmen gegen 261 erhielt Herr Daladier am 24. Februar das Einverständnis der Kammer, und am nächsten Morgen wurde zwischen Herrn Léon Bérard und dem General Jordana ein Abkommen unterzeichnet. Zwei Tage später anerkannten die Regierungen Frankreichs und Englands gleichzeitig Franco.

Eine heikle Frage blieb jedoch noch offen: die der Gesandtschaft in Paris, wohin sich der Präsident Azaña und andere geflüchtet hatten, wohin auch oft Herr del Baho sich begab, um wieder nach Valencia zurückzukehren. Umso ver-

dächtiger schien dieses Hin und Her, als man den Außenminister der zusammengefallenen Republik als Verfechter des äußersten Widerstandes kannte. Die Gesetze der Gastfreundschaft konnten nicht so weit gehen, im Gebäude der forthin nationalistischen Gesandtschaft dem Haupt und den Mitgliedern der „aufwieglerschen“ Regierung Asyl zu bieten. Herr Azaña, welcher, wie man vernimmt, schon seit längerer Zeit für die Beendigung der Feindseligkeiten und für den Frieden eingetreten war, hat am 28. Februar demissioniert.

Nun stellte sich die Frage der Ernennung eines Botschafters bei der künftigen offiziellen Regierung Spaniens. Die Wahl Frankreichs ist auf einen der bedeutendsten seiner Söhne gefallen, auf den Marschall Pétain. Einst Professor an der Kriegsschule in Paris und dort Lehrer Francos, hatte der Sieger von Verdun den spanischen General in Marokko zum Kollegen, als französische und spanische Truppen in enger Zusammenarbeit einen Aufstand der Rifabnylen unterdrückten. Er genießt allenthalben Verehrung und hat sich nie aktiv mit Politik befaßt*). Diese Wahl, die der Wichtigkeit, welche man dem neuen Spanien gibt, entspricht, und der lebhafteste Wunsch Frankreichs, mit ihm die freundschaftlichsten Beziehungen zu unterhalten, wurde sozusagen einstimmig gutgeheißen. Die Aufgabe des greisen Marschalls — er zählt über achtzig Jahre — wird sicherlich nicht einfach sein. Aber seine von jeher für die Sache Francos gehegten Sympathien und das Ansehen, das er speziell in Spanien genießt, werden es ihm erleichtern, sich seiner Mission zu entledigen, und der Stolz der Spanier über die ihnen erwiesene Ehre wird ohne Zweifel seinen Weg ebnen.

Wenn Paris und London und mehr als zwanzig andere Staaten die Regierung Francos anerkannt haben — nur die Vereinigten Staaten haben diesen notwendigen Schritt noch nicht getan —, so hat hingegen Madrid sich immer noch nicht unterworfen. Negrin ist wiederum nach der Hauptstadt verreist; in seiner kompromißlosen Versteifung wollte er noch eine äußerste Verteidigung organisieren. Aber man wußte, daß der General Miaja selber von jedem weiteren Widerstand als völlig zwecklosem Opfer abriet. Man kannte auch die ausgesprochen kommunistischen Tendenzen Negrins; glaubte er, durch einen Verzweiflungskampf in anderen Ländern Europas Sympathieaufstände seitens der Arbeiter hervorzurufen zu können? Oder wollte er bloß von Franco annehmbare und ehrenvolle Übergabebedingungen für Madrid erwirken? In diesem letzteren Falle hätte er unbedingt klüger gehandelt, unverzüglich von der politischen Bühne abzutreten; denn seine diesbezügliche Einstellung mußte den Caudillo gegen ihn einnehmen.

Der Aufstand von Cartagena am 6. März bezeugte die tiefe Abneigung der republikanischen Armee gegen den Kommunismus. Am darauffolgenden Tage bildete sich übrigens ein antikommunistisches Militärdirektorium in Madrid, mit dem Obersten Casado, dem Anführer dieser Bewegung, an seiner Spitze. Diesem Direktorium schlossen sich unverzüglich der General Miaja sowie die andern republikanischen Generäle und Armeeführer und die Gouverneure der noch nicht von Burgos abhängigen Provinzen an. Miaja übernahm den Vorsitz dieser „Regierung der nationalen Verteidigung“, deren Programm darin bestand, von Franco einen ehrenvollen Frieden zu erhalten, welcher dadurch ermöglicht schien, daß in Madrid die kommunistischen Elemente ausgeschaltet wurden. Herr Negrin beeilte sich — eine unseres Erachtens wenig würdige Haltung — am gleichen Tage noch den Zug nach Paris zu nehmen. Die Kommunisten versuchten in Madrid Unruhen anzustiften. So wird allem Anschein nach nun ein militärisches Pronunziamento dem gräßlichen Streite ein Ende setzen, der seit bald drei Jahren wie ein Alpdruck auf allen europäischen Gemütern liegt. Im Augenblick, wo wir diese Zeilen schreiben, ist allerdings die Lage noch nicht abgeklärt; man spricht von Blutnächten in der spanischen Hauptstadt. Die Mitrailleurcn und Tanks mußten

*) Er war doch wohl mehrmals Minister! (Schriftleitung.)

in Tätigkeit treten, und man weiß noch nicht, ob General Miaja mit seinem Direktorium Herr der Lage geblieben ist.

Diese letzte Konvulsion der sterbenden Republik ist für den Gang der Ereignisse von keiner Bedeutung mehr; denn Francos Soldaten stehen Gewehr bei Fuß, und sollten die Dinge eine unerwünschte Wendung nehmen, so würden sie den Anlaß benützen, den von Rom und Berlin geforderten „sensationalen Einzug“ in Madrid zu halten. Sie hätten dabei auch Gelegenheit zur Ausübung schwerer Unterdrückungsmaßnahmen, und das wäre nicht, was das Militärdirektorium wünschen kann, noch was wohl die spanischen Kommunisten selber wollen.

Der berühmte *Devonshire* kreuzt vor den Küsten Valencias, zum Eingreifen bereit, um, wie man sagt, die nationalen und republikanischen Unterhändler an Bord zu nehmen. Man geht noch einen Schritt weiter und behauptet, daß England die Bildung des Direktoriums Miaja unterstützt habe. Ohne Zweifel hat London alles Interesse daran, den Bürgerkrieg so rasch als möglich beendet zu sehen, um seine Aufmerksamkeit ungeteilt den Problemen des Fernen Ostens zuwenden zu können, wo sich, wie wir sehen werden, folgenschwere Ereignisse abgespielt haben. Sicherlich wacht London auch besonders sorgfältig über *Gibraltar*, um jedem kühnen Handstreich zuvorzukommen; denn die Parole „Spanien den Spaniern“ soll nicht bedeuten: „Gibraltar dem Caudillo“ — — und noch viel weniger: „Gibraltar dem Duce“.

* * *

Ein Papst ist kein politischer Souverän, sondern ein geistiger Herrscher; sein Tod sollte daher von keiner besonderen politischen Wichtigkeit sein. Aber wenn es sich um einen Papst, wie Pius XI. einer war, handelt, der auf dem geistlichen Plan gegen ausgesprochen antichristliche Doktrinen auftreten mußte, dann erhält sein Verschwinden freilich eine besondere Bedeutung. Nicht nur die Katholiken fanden in Pius XI. den Verteidiger der Rechte des menschlichen Gewissens; man kann sagen, daß auch die Protestanten und sogar die Juden mit Ehrfurcht der großen Stimme aus Rom lauschten.

Als die Welt am Morgen des 11. Februar den Tod des großen Papstes erfuhr, schien ein neuer Schatten den dunkeln Horizont noch tiefer zu verdüstern. Der Friede hatte seine festeste geistige Stütze verloren. Wer konnte auf dem Stuhl Petri unter den heutigen verwirrten Verhältnissen den unermüdlischen Kämpfer würdig ersetzen? Ein Name lag jedem Franzosen auf den Lippen: der Kardinal Pacelli. War er nicht der engste Mitarbeiter des verstorbenen Papstes gewesen? Kannte man ihn nicht als dessen treuen Jünger, wenn man so sagen darf? Vereinte er nicht eine tiefe, ja mystische Frömmigkeit mit einzigdastehender Kenntnis der politischen Weltprobleme? Aber die italienische Presse erhob von allem Anfang an eine Art Einspruch gegen die Kandidatur Pacelli. War es eine Regung der Aufrichtigkeit oder ein geschicktes Manöver? Zog das Rom Mussolinis vor, mit einem ebenso politischen wie religiösen Papste zu tun zu haben, mit einem Papste, dessen Verhalten schon zum voraus bekannt war, anstatt nur mit einem rein religiös orientierten, der diplomatischen Probleme und Schwierigkeiten ungewohnten Kirchenfürsten, der dem Palazzo Chigi noch Überraschungen bereiten konnte? Diese Frage stellt man sich, ohne sie beantworten zu können.

Am 2. März wählte das vollzählig versammelte Konklave nach drei Wahlgängen — eine in den Annalen der Kirche sehr selten verzeichnete Raschheit — den Kardinal Pacelli, der den symbolischen Namen Pius XII. annahm. Indem es das höchste Priesteramt entgegen gepflogenen Usus dem Staatssekretär des verbliebenen Papstes übertrug, und das nach so kurzer Überlegung, bestätigte das Konklave seine volle Unabhängigkeit und sein Verständnis für den Ernst der Stunde.

Man ist in Frankreich zu sehr geneigt, diese Wahl als einen nationalen Sieg anzusehen; der neue Papst hatte, als er noch Kardinal war, in der Eigenschaft eines Legaten zwei Reisen in unser Land gemacht; er hatte im Verlaufe dieser Reisen aus seinen Sympathien für die „älteste Tochter der Kirche“ kein Hehl gemacht. Man vergißt dabei für Augenblicke, daß der Oberpriester sich über die Nationen wie über die Parteien stellt, und daß er einzig und allein die Interessen der Kirche und seiner Gläubigen im Auge hat.

Man kann jedenfalls versichert sein, daß mit Pius XII. die Politik Pius XI. fortgeführt wird.

* * *

Die ersten Worte des neuen Papstes sind Worte des Friedens gewesen. Manche Zukunftsdeuter jedoch verkünden uns, daß der Monat März — Mars als Kriegsgott — eine Spannung der internationalen Lage ähnlich der vom letzten September mit sich bringen würde. Italien hat das Programm seiner Forderungen noch nicht bekannt gegeben; es warte damit, so hieß es, bis Pius XII. gekrönt sei; das würde bedeuten, daß die Veröffentlichung des Programms unmittelbar bevorstehe. Dieses Mal aber lassen sich die Westmächte nicht überrumpeln. Frankreich holt rasch die Verzögerung nach, in der es in Beziehung auf die Luftrüstung zu lange verharrte; es hat kürzlich 635 Flugzeuge in den Vereinigten Staaten, 60 Jagdflugzeuge in Holland, 460 Motore für Jagdflugzeuge in England angekauft. Jeden Monat erhält es aus der Schweiz eine Lieferung von Hispano-Suiza-Motoren, und auch aus der Tschechoslowakei eine Motorenlieferung. Da die Einigkeit zwischen Paris und London nie enger gewesen ist — der Ausdruck „Entente“ ist bereits zum Ritual geworden — und einer wirklichen Verbündung entspricht, da das Luftbudget Englands dieses Jahr 220 Millionen Pfund Sterling aufweist und damit das der Marine übersteigt, welche nur 153 Millionen verzeichnet — auch dies schon eine hübsche Summe —, da das Personal der königlichen Luftmacht (Royale Air Force) heute 118 000 Mann zählt, so können die Westmächte der Zukunft mit Befäßtheit entgegenblicken. Herr Goebbels hat freilich am 5. März Absatzgebiete für Deutschland verlangt; aber zu gleicher Zeit bestätigte er auch, daß die Autarkie alle Bedürfnisse zu decken imstande sei; man kann daher vorderhand noch nicht den Zeitpunkt der Aufnahme normaler Beziehungen in Europa voraussehen; und doch geht ohne sie unser Kontinent langsam an Selbstvergiftung zugrunde. Immerhin hat England eingesehen, daß es auf den europäischen Märkten seine Anwesenheit stärker betonen müsse, und es macht augenblicklich große Anstrengungen, um sich auf den Märkten in Zentral- und Osteuropa wiederum den früheren Einfluß zu sichern und zu konsolidieren. Möchte Frankreich sich ähnlich einsetzen!

Die Wiederaufrichtung der Westmächte hat bereits ihre Wirkungen ausgeübt. Der Besuch des Grafen Ciano in Warschau in der letzten Woche des Februar gab Anlaß zu antideutschen Kundgebungen in ganz Polen, und Herr Beck bestätigte dem französischen Bündnis seine Treue. Die durch den König und Diktator Rumänien am 6. März erfolgte Ernennung des Herrn Calinesco, dieses geschworenen Feindes der Eisernen Garde, also der Nazis, als Nachfolger des Patriarchen Miron Christea im Vorsitz des Rates beweist den Willen des Landes, sich dem deutschen Zugriff zu entziehen. Warschau befestigt seine Beziehungen zu Bukarest, und man spricht von einer gemeinsamen Grenze zwischen Polen und Ungarn, welchen Projekten das Reich sich jedoch widersetzt. Wenn die Hegemonie, die Berlin in Zentral- und Osteuropa aufzurichten gedachte, auf solche Schwierigkeiten stößt, so bedeutet das, daß die durch eine solche Hegemonie bedrohten Länder, allein unfähig sich zu wehren, sich sicherer fühlen, seitdem die westlichen Mächte, insbesondere Frankreich, sich wiederum aufgerafft haben.

* * *

Der Dynamismus der Achse Rom-Berlin-Tokio ist aber noch nicht gefinnt abzudanken. Am 10. Februar besetzten die Japaner die Insel Hainan, die ungefähr so groß wie unsere Bretagne ist und nur 260 Meilen von Hanoi entfernt liegt. Die Insel beherrscht den Golf von Tongking; ihre Besetzung bedeutet daher eine ernstliche Bedrohung der Sicherheit unserer großen Besitzung im Fernen Osten. Eine Kriegsslotte mit Hainan als Basis, eine Luftflotte, die dort ihr Quartier aufschlagen kann, das heißt nicht nur Kontrolle des Chinesischen Meers, das heißt auch eine unvergleichliche strategische Position im Stillen Ozean. Die Bedrohung richtet sich also nicht nur gegen die französische Herrschaft in Asien, sondern auch gegen die Straße nach Indien und gegen die Philippinen.

Am 21. Februar bombardierten japanische Flugzeuge das Gebiet von Hongkong und mitraillierten einen englischen Zug; der Anschlag forderte mehrere hundert Opfer. Die Japaner scheuten sich also nicht, die englische Macht im Fernen Osten von neuem herauszufordern, und noch dazu an ihrem empfindlichsten Punkte. Es ist richtig, daß sie im Falle der Besetzung von Hainan die von Frankreich in Tokio vorgebrachten Beschwerden äußerst höflich entgegennahmen, und im Falle der Bombardierung von Hongkong in London ihre Entschuldigungen vorbringen ließen. Aber diese beiden Zwischenfälle ergänzen den Eindruck, den die hartnäckig in Siam durch sie verfolgte fremdenfeindliche Politik hervorruft — der Fremde ist hier der Engländer und der Franzose —; die bis Tokio verlängerte Achse Rom-Berlin verfolgt mit großer Zähigkeit ihren Voratz, den sogenannten „besitzenden“ Mächten das Leben sauer zu machen.

* * *

Von der inneren Politik Frankreichs ist wenig zu sagen. Unser Syndikalismus fährt fort, sich von der Moskauer „Kolonisierung“ zu befreien; am 26. Februar hatte die Union Départementale des Syndicats du Nord eine schwere Schlappe des Kommunismus zu verzeichnen. Der jüngst eröffnete sozialistische Kongreß verrät die Spaltung zwischen Leuten, die durchaus bereit wären, einer verlorenen Sache — der roten spanischen — zu Hilfe zu eilen, und Vernünftigen nach der Nuance Paul Faure, die den Frieden befürworten. Die Partei reichte einen Vorschlag ein des Inhalts, Frankreich möge die Initiative der Vereinigung einer Internationalen Konferenz für den Frieden und die Abrüstung ergreifen. Die Presse widerhallt von Kontroversen; denn die Mehrzahl der Zeitungen weigert sich, und mit Recht, die Nützlichkeit und Zweckmäßigkeit einer solchen Initiative einzusehen; die Westmächte wünschen wohl den Frieden, aber vor allem handelt es sich heute darum, in einer Welt, in der mehr als je die brutale Gewalt herrscht, mit Stärke auftreten zu können.

Man darf die wichtigen Erklärungen, die Herr Paul Reynaud am 6. März anläßlich des Kongresses für den Kleinhandel abgab, nicht mit Schweigen übergehen. Unser großer Schatzmeister sprach von der Wiederaufrichtung Frankreichs, „die von niemandem mehr angezweifelt wird“, und erklärte, daß der Franken nach vier Monaten Wiederaufrichtungsarbeit „die Zufluchtswährung Europas“ geworden sei *) und daß „in den hundertdreizehn Tagen des Experiments Poincaré weniger in Goldtonnen geschätzte Kapitalien nach Frankreich zurückkehrten als während der letztverflossenen hundertdreizehn Tage“. Der Stabilisierungsfonds besitzt heute zehnmal mehr Gold als im März 1937, der öffentliche Kredit steigt und der Gelbzinsfuß fällt merklich, während der Rentenkurs sich nach aufwärts bewegt. Die Arbeitslosigkeit ist geringer als in denselben Zeitabschnitten vergangener Jahre, und die Erhöhung der Lebenskosten war geringfügiger, als man es erwartet hatte. Kurz, das kranke Frankreich befindet sich auf dem Wege rascher Besserung.

*) Das ist reichlich viel behauptet! (Schriftleitung.)

Wiederaufrüstung Englands — das britische Budget der nationalen Verteidigung wurde auf die ungeheure Ziffer von 800 Millionen Pfund Sterling erhöht — französische Wiederaufrichtung und, das muß hier noch beigelegt werden, Entwicklung der Dinge in den Vereinigten Staaten in der Richtung einer aktiven Politik der Wiederaufrüstung und Verteidigung in Fühlung mit Paris und London; das sind die erfreulichen Anzeichen, durch welche sich dieser Monat ankündigt, der nach gewissen Propheten so große Gefahren für den allgemeinen Frieden bergen soll. Sollte zutreffen, was hier einige Blätter schreiben, daß der Horizont sich aufhellt, daß Italien vernünftiger und Deutschland friedfertiger wird? Wir gestehen offen: es ist noch verfrüht, den Märzfrieden zu loben, bevor der Monat ganz abgelaufen ist. Und wenn der März glücklich überstanden sein wird, ohne uns ernstere Zwischenfälle zu bringen, so kann immer noch der April uns Überraschungen bereiten. Die spanische Angelegenheit ist noch nicht erledigt; die Italiener befinden sich immer noch auf Mallorca, die Deutschen und die Italiener in Kontinentalspanien; die germanischen Absichten in Bezug auf Osteuropa bestehen mehr denn je.

Der Friede ist eine zarte, empfindliche Pflanze, die unter dem rauhen Hauch des Vorfrühlings in einer Nacht erstarren und zugrundegehen kann.

Paris, den 10. März 1939.

A.-D. Tolédano.

Kultur- und Zeitfragen

Zur Aufführung von Schillers „Wilhelm Tell“ im Zürcher Schauspielhaus.

Die Tell-Inszenierung Dr. Oskar Wälterlins im Zürcher Schauspielhaus ist für den künstlerischen Stand und die Wirkungsmöglichkeit unserer Schweizer Berufsbühnen von besonderer Bedeutung. Allein schon die Tatsache dieser Neu-Aufführung ist erfreulich, zumal sie dem Bedürfnis eines weiteren Publikums entgegenkam. Die Frage nach individueller Freiheit, verankert in bewusster Verantwortung der Gemeinschaft gegenüber, stellt sich heute jedem Schweizer neu. Der „Wilhelm Tell“ Schillers gibt immer noch und immer wieder eine gültige Antwort.

Ob nun die Art der Zürcher Inszenierung dem entspricht, was man heute bei uns erwarten und fordern muß — bei aller Anerkennung der vorzüglichen schauspielerischen Leistungen des Ensembles —, das ist eine andere, nicht so leicht zu beantwortende Frage. Auf jeden Fall zeigt diese Aufführung der besten Schweizer Berufsbühne wieder deutlich, daß unsere Berufstheater, dem Stil nach, ausgesprochenen „realistischen Naturalismus“ pflegen, d. h. eine Darstellungsweise, die bemüht ist, auf der Bühne ein gleichsam photographisch eingefangenes Abbild der gegenwärtigen äußeren Wirklichkeit zu verlebendigen und zwar auf Kosten der künstlerischen Form der Dichtung. Diese Darstellungsweise, die z. B. für die Stücke Gerhart Hauptmanns — wie etwa für die „Weber“ — stilmäßig Gültigkeit besitzt, muß der klassischen Form- und Verfkunst Schillers gefährlich werden. Jede Zeit hat zwar das Recht, Dichtungen verschiedener Epochen „zeitgemäß“ zur Darstellung zu bringen. Uns scheint aber, als ob diese Art Naturalismus für die Bühne nicht mehr ganz „zeitgemäß“ sei, daß vielmehr ein großer Teil der jüngeren Generation bei uns nach einem Stil sucht, welcher der Form der jeweils darzustellenden Dichtung weitgehend gerecht werden möchte, daß sie andererseits überhaupt im Theater den Naturalismus überwinden will. Eine Definition dieses „neuen Stils“ ist noch